FIDEF

Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.

Nr. 10/11 Nov./Dez. 1977 ZEITUNG DER FIDEF Einzelpreis DM 1.50



KONGRESS ZUR BILDUNGSSITUATION TÜRKISCHER KINDER IN DER BRD

BILDUNGSMISERE TÜRKISCHER KINDER

ERNEUTER ANGRIFF AUF DEN TÜRKISCHEN ARBEITERVEREIN

SCHWERES ERBE FÜR ECEVIT

NAZIM - HIKMET -WOCHE ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN

I N H A L T

I m p r e s s u m

Herausgeber für die Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V. (FIDEF) :
Recep Genc

Verantwortlicher Redakteur :
Ercüment Toker

Redaktion :
Postfach 320 304, 4000 Düsseldorf 30 . Tel. (0211) 66 42 84

Bankverbindungen :
FIDEF Postscheckamt Essen, Konto- Nr. 1764 62 - 437
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Konto - Nr. 1 555 823 400

Erscheint monatlich - Jährliches Abonnement : DM 12,-- + 7,oo DM Porto

KONGRESS zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD

Samstag, Sonntag 11. und 12. Febr. 1977

GESAMTSCHULE BERGER FELD, ADENAUERALLEE 110, 4650 GELSENKIRCHEN

EINLADUNG

Die gegenwärtige Bildungssituation der ausländischen Kinder und Jugendlichen ist katastrophal, besonders dann, wenn man die Lage der zweiten und weiterer heranwachsender Generationen berücksichtigt.

In der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin leben heute ca. eine Million ausländischer Kinder. Ungefähr 350 000 davon sind türkische Kinder. Die elementarste formale Voraussetzung für eine Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben diesen Kindern gegenüber – die allgemeine Schulpflicht – ist bei diesen Kindern nach wie vor nicht einmal ansatzweise durchgesetzt. So stellte das Statistische Landesamt von NRW für 1976 fest, daß nur ca. 2/3 der ausländischen Kinder im schulpflichtigen Alter die Schule besuchen. Untersuchungen haben ergeben, daß die oben angegebenen Zahlen sich in den nächsten Jahren weiter erhöhen werden.

Als Einheitsverband von 65 regionalen Vereinen der türkischen Arbeiter in der BRD haben wir uns über die möglichen Lösungswege dieser brennenden Frage sowohl der ausländischen Arbeiter, aber auch der deutschen Bevölkerung Gedanken gemacht; einer Frage, bei deren Vernachlässigung sozialer Sprengstoff angehäuft wird, der chauvinistische Haltungen auf beiden Seiten unkontrollierbar steigern muß und der auf die Dauer zu, für alle Beteiligten, sinnlosen sozialen Auseinandersetzungen führen muß.

Mit der Durchführung dieses Kongresses zur Bildungssituation türkischer Kinder wollen wir zeigen, daß wir, als unmittelbar Betroffene, willens und fähig sind, an der Lösung unserer gemeinsamen Probleme aktiv mitzuwirken.

Der Bundesvorstand der FIDEF wird diesem Kongreß einen Bericht vorlegen, der zuvor auf einer Pressekonferenz in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt wird.
Wir laden Sie zu diesem Kongreß herzlich ein und erwarten Ihre aktive Teilnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Recep GENÇ
Vorsitzender der FIDEF

Haydar DIKME
Generalsekretär der FIDEF

Tagesordnung

SAMSTAG, 11. Februar 1978

13.00	Beginn des Kongresses **Eröffnungsanprache** Prof. Dr. Meya, Oberstadtdirektor der Stadt Gelsenkirchen
13.30	**Ansprachen** (in türkisch und deutsch) R. Genc, Vorsitzender der FIDEF H. Dikme, Generalsekretär der FIDEF
14.00	**Die Vorstellungen** der Parteien, Gewerkschaften, Lehrerverbände, Jugend- und ausländischen Arbeiterorganisationen
16.00	**Verlesung des Berichtes zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD,** vorgelegt vom Bundesvorstand der FIDEF, mit anschließender Diskussion
18.00	**Ende des Plenums** Bildung von Arbeitsgruppen
18.30	**Abendessen**
20.00 – 21.45	**Arbeitsgruppen**
20.00 – 21.45	**Kulturveranstaltung der Jugend** Gesang, folkloristische Tanzgruppen Überraschungen

SONNTAG, 12. Februar 1978

8.00 – 9.30	**Frühstück**
8.00 – 9.45	**Arbeitsgruppen**
10.00	**Plenum** Verlesung der Berichte der Arbeitsgruppen, Beschlußfassung über den Bericht des Bundesvorstandes der FIDEF mit evtl. Änderungsvorschlägen

ENDE DES KONGRESSES ca. 13.30

ANMELDUNG: an den Bundesvorstand der FIDEF
ANREISE: siehe den beigefügten Stadtplan

Bildungsmisere türkischer Kinder

Presseerklärung der FIDEF Nr. 22 vom 8.11.1977

FIDEF ist sowohl gegen die "Verdeutschung" sowie Segregation der Kinder ausländischer Arbeiter als auch gegen die Absicht der "Nationalistischen Frontregierung", sie zum Spielball ihrer reaktionär - politischen Interessen zu machen.



In diesen Tagen treffen sich die Vertreter der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei, um über die Bildungsfragen der Kinder türkischer Arbeiter hierzulande Gespräche zu führen.

Unter unseren Landsleuten herrscht eine berechtigte Ablehnung gegen die Form dieser Unterredung, da man offensichtlich bemüht ist, diese hinter verschlossenen Türen zu führen, ohne die Öffentlichkeit über den Inhalt dieser Gespräche zu informieren. Diese Praxis hat uns bis heute vor Augen geführt, daß "solche" Gespräche, die ohne die Konsultierung der Gewerkschaften, Lehrer und Eltern durchgeführt wurden, keine effektiven Lösungen zur Bildungsmisere gebracht und außerdem zur Verbitterung und zum Vertrauensschwund bei den Betroffenen geführt haben.

FIDEF fordert diese Stellen zuallererst auf, diese Praxis aufzugeben. Der Bundesvorstand der FIDEF hat beschlossen, im Dezember dieses Jahres einen bundesweiten "Kongreß zur Bildungssituation der türkischen Kinder" durchzuführen. Das Vorbereitungsseminar am 30.10.1977 in Düsseldorf, woran zahlreiche Lehrer und Eltern aus verschiedenen Bundesländern teilnahmen, bestätigte die Notwendigkeit eines solchen Kongresses und die Richtigkeit der Standpunkte der FIDEF zu diesen Fragen.

Das Grundsatzpapier, erstellt durch den Türkischen Lehrerverband West-Berlin, wird in Kürze allen zuständigen Stellen und der Öffentlichkeit vorgelegt.

Die Lösung der Bildungsprobleme der Kinder ausländischer Arbeiter ist ein fester Bestandteil des Kampfes um die Verbesserung der sozialen, ökonomischen und rechtlichen Situation der ausländischen Arbeiter. Die allgemeine Verunsicherung, hervorgerufen durch die Ausländergesetzgebung, löst bei den Betroffenen eine unheilvolle Resignation aus. In einer Situation, wo einem Ausländer infolge eines belanglosen Vergehens gegen die Straßenverkehrsordnung die Abschiebung ins Heimatland droht, kann man dieses Problem nicht gesondert behandeln.

Die Vorschläge der FIDEF zur Bildungsmisere der Kinder ausländischer Arbeiter sind wie folgt, in gekürzter Form, zusammenzufassen:

1. Auf Bundes- und Landesebene müssen bei Planungen und Erarbeiten von Erlässen und Richtlinien die Zahl und die Situation der ausländischen Kinder mitberücksichtigt werden. Der unterschiedlichen Handhabung, hinsichtlich der Inhalte und Ziele bei der Bildungspolitik, muß ein Ende gesetzt werden. Das angestrebte gemeinsame Ziel müßte die Vereinheitlichung des Bildungssystems sein.

2. Im Bildungssystem sollte man vom Integrationsprinzip ausgehen und der gemeinsamen Unterrichtung von deutschen und ausländischen Kindern Vorrang geben. Unter dem Integrationsprinzip sollte nicht die Assimilation (Verdeutschung) oder Segregation der ausländischen Kinder, sondern die Erreichung von gemeinsamen Interessen und gleichen Rechten verstanden werden.

3. Der regelmäßige Schulbesuch der ausländischen Kinder besteht nur auf dem Papier. Ein Beispiel: Im Bundesland Baden-Württemberg besuchen von 12.202 türkischen Kindern im Alter von 6 - 10 Jahren nur 7.121 regelmäßig die Schule. Notwendige Maßnahmen zur Änderung dieses unzumutbaren Zustands, der sich in anderen Bundesländern nicht anders abzeichnet, müssen schnellstens ergriffen werden.

4. Möglichkeiten zur Lösung der Bildungsprobleme ausländischer Kinder müssen schon im Vorschulalter gesucht werden. In den Kindergärten und der Vorschulerziehung sollten auch ausländische Pädagogen und Erzieher wirken können.

5. Die Vorbereitungsklassen müssen so eingerichtet werden, daß sie innerhalb von spätestens 2 Jahren die Kinder ausländischer Arbeiter an Normalklassen weiterführen können. Es müssen neue Curricula erstellt werden. Der muttersprachliche Unterricht sollte zur Pflicht erhoben werden und besser mit dem deutschsprachigen Unterricht koordiniert, möglichst vormittags abgehalten werden. Um ein besseres Verständnis zwischen den ausländischen und deutschen Kindern zu erreichen und Vorurteile abzubauen, müssen die historische, ökonomische, politische und kulturelle Situation der Herkunftsländer verstärkt in das Lehrprogramm eingebaut werden. Der gesamte Unterricht hat unter der Verantwortung und der Aufsicht der deutschen Schulbehörden zu stehen. Ausländische und deutsche Lehrer sind gleichzustellen. Es sollten ihnen mehr Aus- und Fortbildungschancen angeboten werden.

6. Der Zuzug weiterer "Regierungslehrer" aus der Türkei muß verhindert werden. Der Lehrerbedarf sollte sich durch die zur Zeit hierzulande als Arbeiter beschäftigten ca. 7.000 türkischen Lehrer gedeckt werden.

Die bisherige Handhabung des türkischen Bildungsministeriums in dieser Frage hat politische Hintergründe: der zur Zeit in den Schulen der Türkei herrschende faschistische Terror und die Aggression soll im Ausland fortgesetzt werden. Bei der Prüfung der in die Bundesrepublik zu entsendenden Lehrer wird mehr auf ihre politische Gesinnung und ihr Verhältnis zu den Regierungsparteien Wert gelegt als auf ihre fachliche Qualifikation. Im Schuljahr 1977/78, wo ein Mangel an Grundschullehrern von 12.430 besteht, 3 Millionen Kinder nicht die Möglichkeit haben, eine Schule zu besuchen, in 3.800 Gemeinden keine Schulen vorhanden sind, ein Lehrer, der eine 20jährige Dienstzeit hinter sich hat mit monatlich 3 - 4.000 TL (entsprechend ca. 300 - 400 DM) um seine Existenz kämpft, steht hinter der Absicht der Zusendung von Lehrkräften ins Ausland nicht die Sorge um die miserable Situation Kinder ausländischer Arbeiter, sondern Schaffung von Parteinachwuchs oder einer reaktionär-gesinnten Jugend. Auch die letzte Absicht des türkischen Bildungsminis teriums, die türkischen Lehrer, die der deutschen Schulaufsicht unterliegen, unter eigene Kontrolle zu bringen, zielt auf dasselbe hinaus. Das Ministerium will damit erreichen, auf diesem Wege jeden demokratischen Lehrer abzuberufen und durch einen anderen, seinen politischen Vorstellungen entsprechenden Lehrer ersetzen zu können.

FIDEF warnt alle betroffenen türkischen Lehrer vor diesem politischen Rattenfängertum und ruft sie auf, diesen verstärkten Angriffen durch Organisierung innerhalb der GEW entschieden entgegenzutreten. Während der Regierungszeit der "Nationalistischen Front" sind insgesamt 2.150 Lehrer, die dem Türkischen Lehrerverband "TÖB-DER" angehören, vom Dienst suspendiert; 20 Lehrer, über 200 Schüler und Studenten durch politische Anschläge getötet und 20.000 Schüler und Studenten von den Schulen und Hochschulen entfernt worden.

FIDEF ist sowohl gegen die "Verdeutschung" sowie Segregation der Kinder ausländischer Arbeiter, als auch gegen die Absicht der "Nationalistischen Frontregierung", sie zum Spielball ihrer reaktionär - politischen Absicht zu machen.

Presseerklärung der FIDEF Nr. 24 vom 22.11.1977

STELLUNGNAHME DER FIDEF ZUM ERLASS DES KULTUSMINISTERIUMS VOM 30.9.1977 - II A 7.36 - 6 1 Nr. 2892/77 -

Auf Veranlassung der Bundesanstalt für Arbeit und Sozialordnung wies der Kultusminister in NRW (wie auch seine Amtskollegen in anderen Bundesländern) mit Erlaß vom 30.9.1977 die Schulen des Landes an, bis zum 14. Nov. 1977 Bescheinigungen über den Schulbesuch von ausländischen Kindern zu erstellen. In dem Erlaß wurde ausgeführt, daß verhindert werden solle, daß ausländische Arbeiter Kindergeld bezögen, ohne daß die Kinder in der BRD anwesend seien. Als geeigneter Nachweis für die Anwesenheit der Kinder erschiene eine Bescheinigung über den Schulbesuch. Der Erlaß wurde nicht veröffentlicht.

Die FIDEF nimmt zu diesem Vorgang wie folgt Stellung:

So sehr wir alle Bemühungen unterstützen, um den Kindern ausländischer Arbeiter eine gute Ausbildung zu sichern und sie anzuhalten die Schule zu besuchen, so entschieden müssen wir das Vorgehen des Kultusministers in NRW (sowie in anderen Bundesländern) verurteilen. Nicht nur besteht die Gefahr, daß ausländische Kinder und Eltern von Kindern, die noch nicht schulpflichtig sind, vom Kindergeldentzug betroffen werden, sondern erscheint auch das Mittel als unangemessen. Wenn Kinder ausländischer Arbeiter nicht zur Schule gehen, so liegt das an den unwürdigen häuslichen Verhältnissen. Um eine Besserung dieser Verhältnisse sollten sich die Schulbehörden sowie die Kultusministerien kümmern. Sie sollten die Eltern dazu anhalten, damit ihre Kinder die Schule besuchen und die Voraussetzungen dafür schaffen. So aber beschwören sie nur Schwierigkeiten mit den Ausländerbehörden herauf und verschlächtern so zusätzlich die oft ausweglos erscheinende Situation der ausländischen Familien.

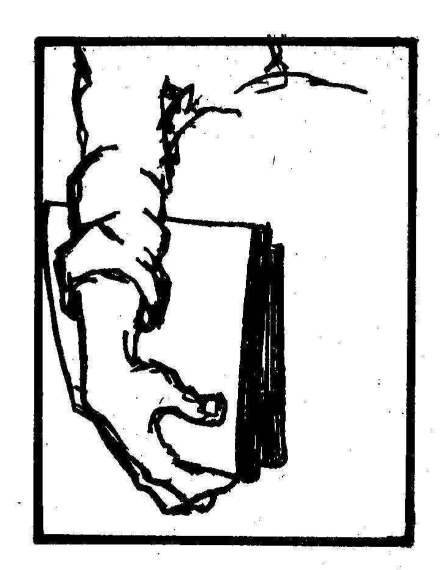


DORTMUND:
ERNEUTER ANGRIFF AUF DEN TÜRKISCHEN ARBEITERVEREIN

In der Nacht vom 14./15.12. wurde der Arbeiterverein in Dortmund zum 2. Mal in diesem Jahr das Ziel von Angriffen rechtsextremistischer Kräfte. Mehrere Täter schlugen die Fensterscheiben des Vereinslokals ein, als sie merkten, daß sie beobachtet wurden, ergriffen sie die Flucht.

Schon im April war ein vom Arbeiterverein organisiertes "Friedensfest" von bewaffneten Schlägertrupps überfallen worden. Als sich die versammelten Kollegen, unter denen sich auch Vertreter des DGB und der SPD befanden, nicht einschüchtern ließen und die Polizei herbeiriefen, ergriffen sie die Flucht, nachdem sie mehrere Arbeiter, z.T. schwer verletzt hatten.

Mit solchen Angriffen versuchen die reaktionären Kräfte, die erfolgreiche Arbeit unserer Kollegen zu behindern. Die Behörden und Sicherheitsorgane der Bundesrepublik täten gut daran, die faschistischen Umtriebe in der BRD und die Entstehung entsprechender Zentren - wie z.B. in Dortmund - zu verhindern.



BUCHBESPRECHUNG

Das Düsseldorfer Reformprogramm zum Ausländerrecht AuslG E '76

Das vorgelegte Buch ist das Ergebnis von langjährigen Beratungen des Düsseldorfer "INITIATIVKREISES FÜR DIE REFORM DES AUSLÄNDERRECHTS" beim Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Das Buch umfaßt 3 Teile, im Teil 1 präsentiert sich dem Leser eine Aufsatzsammlung von 14 in- und ausländischen Autoren, die einen umfassenden Einblick in die ökonomische, soziale, psychische und rechtliche Situation der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland geben und die zwingende Notwendigkeit einer Änderung der aufenthaltsrechtlichen Stellung der Betroffenen aufweisen. Im Teil 2 steht der Entwurf eines "Gesetzes über die Rechtsstellung der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland" nebst Thesen zur Änderung des Asylrechts. Sowohl Gesetzesentwurf als auch Thesen wollen die bestehenden uferlosen Vollmachten der Verwaltung durch präzise Tatbestände ablösen, damit auch die Integration der ausländischen Kinder und Jugendlichen in den Schulen und in der Gesellschaft erleichtert werden kann. Der Teil 3 des Buches beinhaltet eine umfangreiche Dokumentation; u.a. die nicht veröffentlichten Grundsätze des Bayrischen Staatsministeriums des Innern zum Nachzug von Familienangehörigen, die ersten Verlautbarungen der Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung der Ausländerbeschäftigung und Stellungnahmen der Regierung, des DGB usw.

Die Bedeutung des Buches liegt in dem Entwurf des "Gesetzes über die Rechtsstellung der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland", der eine aktuelle und brauchbare Alternative zu den Vorschlägen der Bund-Länder-Kommission und zu den Konzepten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien anbietet.

Die Gesetzesvorschläge des Düsseldorfer INITIATIVKREISES FÜR DIE REFORM DES AUSLÄNDERRECHTS, die eine Sozial- und Rechtscharta für die Ausländer darstellen, sind bestrebt, dem Staatsinteresse ebenso wie den Belangen der Ausländer Rechnung zu tragen. Ausgangspunkt ist dabei die Überlegung, daß für den Erstaufenthalt strenge Voraussetzungen aufzustellen sind, die sich vor allem an Dauer und Zweck des beabsichtigten Aufenthalts orientieren.

In einer zweiten Phase soll dann eine zeitlich länger befristete Erlaubnis mit erweiterten Rechten möglich sein. Hält sich der Ausländer dann 5 Jahre ordnungsgemäß im Inland auf, so soll ihm eine priviligierte Rechtsstellung, ein besonderer Status, eingeräumt werden, der die Bereitwilligkeit zur Integration erkennen läßt.

Dieses Konzept betrifft nicht nur ausländische Arbeiter, sondern auch Studenten, Wissenschaftler, Künstler, Ärzte, Krankenschwestern und Angehörige anderer Berufe, die in der Bundesrepublik beschäftigt sind.

Die Vorschläge des INITIATIVKREISES mögen auch einige Mängel haben und verbesserungsbedürftig sein; gleichwohl würde deren Realisierung eine wesentliche Verbesserung der Rechtsstellung der Ausländer einbringen. Deshalb verdienen diese Vorschläge, trotz Bedenken hinsichtlich einzelner Bestimmungen, Unterstützung.

Besondere Beachtung verdient in diesem Buch der Aufsatz von Professor Sasse "Kommunalwahlrecht in der Bundesrepublik für Angehörige der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft". Nach Prof. Sasse könnten alle Ausländer, die im Besitz einer Aufenthaltsberechtigung gemäß § 9 der Vorschläge (AuslG E 76 des INITIATIVKREISES) sein werden, in eine Regelung des Kommunalwahlrechts einbezogen werden (Seite 227).

Das Buch ist ein lesenswerter Beitrag für jeden, der sich für die Probleme der Ausländer und deren Lösung interessiert.

Haydar Dikme
Generalsekretär der FIDEF

KOMMENTAR

SCHWERES ERBE FÜR ECEVIT

DVZ, 12.1.1978

Erfolge nur mit der demokratischen Volksbewegung

Am 31. Dezember 1977 wurde die Demirel-Regierung der sogenannten Nationalistischen Front, die – mit einer kurzen Unterbrechung im Frühsommer 1977 – die Türkei seit 1975 regierte und in den Abgrund des staatlichen Bankrotts getrieben hat, zum Rücktritt gezwungen. Ecevit, Führer der sozialdemokratisch orientierten Republikanischen Volkspartei (CHP) bildete die neue Regierung, die vom werktätigen Volke der Türkei mit gemischten Gefühlen aufgenommen wurde. Denn der Ecevit-Regierung gehören neben den 10 aus der Partei Demirels ausgetretenen Parlamentariern noch weitere drei Minister der zwei rechten Splitterparteien an.

Ecevit übernimmt ein schweres Erbe: ein Außenhandelsdefizit von 3,543 Milliarden Dollar innerhalb der ersten 10 Monate des vergangenen Jahres, Erhöhung der sich im Umlauf befindenden Geldmenge um das Fünffache seit 1974 und darauf folgende galoppierende Inflation, die in den letzten Monaten — so die Zeitungsberichte in der Türkei — 200 bis 300 Prozent betrug, ständige Geldabwertungen, zuletzt um 10 Prozent, eine registrierte Arbeitslosenarmee von über 3 Millionen. Dazu kommt eine faschistische Terrorwelle von den „Grauen Wölfen" der neofaschistischen „Partei der Nationalistischen Bewegung" (MHP) unter Führung von Oberst a. D. Türkes, der Hunderte von Arbeitern, Studenten, Lehrern und Angehörigen der Intelligenz zum Opfer fielen.

Mit dieser Regierung erwarten Ecevit höchst komplizierte Fragen: Einerseits ohne den Status quo zu ändern, d. h. die Interessen der USA und der EG anzutasten, die „Ruhe und Ordnung" in der Südflanke der NATO und des Ägäischen Meeres wiederherzustellen (unter diesem Aspekt ist auch sein Gesprächsangebot an Karamanlis zur Zypernfrage zu sehen), andererseits den langersehnten Wunsch des türkischen Volkes nach einem Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion nachzukommen, damit ein echter Frieden mit solider Basis geschaffen wird.

Ecevit hat die Absicht, von der EG materielle Hilfe für die Errichtung neuer Arbeitsplätze für die heimkehrenden bzw. bereits zurückgekommenen türkischen Arbeiter zu erhalten, wobei er die im Ausland tätigen Arbeiter ansprechen will, damit sie ihre Spargelder für die in seinem Parteiprogramm angekündigten „Arbeitnehmer- und Volksgesellschaften" für die „Industrialisierung" der Türkei einsetzen. Dabei erscheint die akute Gefahr einer verstärkten Abhängigkeit von der EG folgerichtig. Andererseits muß Ecevit grundlegende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Maßnahmen treffen, wobei z. B. die günstigen Kredite der Sowjetunion in Höhe von 7 Milliarden Dollar eingesetzt werden könnten, die kürzlich „unter Dach und Fach" gebracht wurden, die er als „eine willkommene, aber erst in späteren Jahren wirksame Hilfe" bezeichnet hat.

Höchst aktuell bleibt die Säuberung des von der militant-faschistischen Türkes-Partei infiltrierten Staatsapparates, der Polizei und der Armee. Dabei ist nicht zu vergessen, daß diese Partei seit den letzten Parlaments- und Kommunalwahlen im Jahr 1977 16 Parlamentsabgeordnete sowie in 5 großen Städten und 58 weiteren Kreisstädten und Landkreisen den Bürgermeister stellt und sich damit sozusagen legitimiert hat.

Ecevit wird ohnehin nicht regieren können, ohne sein Hauptversprechen, die Annullierung der reaktionären Gesetzesartikel Nr. 141 und 142, d. h. die Zulassung der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) — die als einzige KP Europas seit 1922 verboten ist — einzulösen.

Sowohl die USA als auch die EG, allen voran die BRD, die im Außenhandel der Türkei vor den USA den ersten Platz einnimmt, fordern seit Jahren eine große Koalition zwischen der rechtsstehenden AP und der CHP, deren Vorstufe die neue Regierung zu sein scheint. Zur Durchsetzung dieses Ziels haben sie ein gefährliches Druckmittel in der Hand: die neofaschistische MHP, die gerade in diesen Tagen ihren Terror eskaliert hat. Die Aussage von Ecevit im Anschluß an das Mißtrauensvotum am 31. 12. 1977, daß „keine Rede von Besiegten und Siegern, von Gewinnern und Verlierern" sei, sondern daß die ganze türkische Nation gewonnen habe, zeigt, daß er den Weg des geringsten Widerstandes gewählt hat, indem er ein Signal für seine Bereitschaft zu einer großen Koalition setzte.

Es ist höchst fraglich, ob sich Ecevit zur Mitwirkung an die Massen der türkischen Bevölkerung wendet. Gerade das will die internationale Hochfinanz verhindern. Entscheidend wird sich aber letztlich nur die Entwicklung der demokratischen Volksbewegung — nicht zuletzt der Erfolg der Friedenskräfte und ihrer Entspannungspolitik im internationalen Maßstab — auswirken.

H. DIKME

NAZIM HIKMET WOCHE

**LEBEN
EINZELN UND FREI,
WIE EIN BAUM
UND BRÜDERLICH
WIE EIN WALD
IST UNSERE SEHNSUCHT**

ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN

EIN BERICHT DES TÜRKISCHEN AKADEMIKER - UND KÜNSTLERVEREINS

Die Nazim-Hikmet-Woche, die aus Anlaß des 75. Geburtstages des bedeutensten und international anerkanntesten türkischen Dichters, Dramatikers und Romancier Nazim Hikmet veranstaltet wurde, fand ihren Abschluß in dem letzten großen Konzert in der Neuen Welt.

Wenn wir eine Bilanz ziehen, so zogen die insgesamt 9 Veranstaltungen über 10.000 Besucher an. Von ihnen waren etwa zur Hälfte Türken und zur Hälfte Deutsche und anderer Nationalität. Fast alle Veranstaltungen waren überfüllt, bei manchen gab es nicht einmal mehr Stehplätze.

Wir freuen uns, ein so großes Interesse der West-Berliner-Öffentlichkeit für unsere Veranstaltungen feststellen zu können. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß die Nazim-Hikmet-Woche eine große Woche sowohl für Türken, als auch für Deutsche war und noch lange in Erinnerung bleiben wird. Sie war bisher das größte kulturelle Ereignis unter den Ausländern sowohl in der BRD als auch West-Berlins.

Es kamen insgesamt 18 Künstler und Kunstwissenschaftler aus dem Ausland; 7 aus der Türkei, 5 Orchestermitglieder mit Maria Farantouri aus Griechenland, 3 aus der DDR, 1 aus Bulgarien, 1 aus der BRD, dazu der Hanns-Eisler Chor, Mitglieder des Collegium Musicum, Ilse Scheer, Mitglieder der Theater Manufaktur u.a. die Schauspieler Michael Ben, Renate Heuser, Peggy Lukac und Otto Zonschitz, der Türkische Arbeiterchor und die Türkische Folkloregruppe aus West-Berlin, was den internationalen Charakter dieser Veranstaltung zeigt.

So haben wir, der Türkische Akademiker- und Künstlerverein, die Zielvorstellungen, die unserem Programm zugrunde lagen, in großem Umfang verwirklichen können: Denn Nazim Hikmet wurde der West-Berliner Öffentlichkeit bekannt, zum Teil auch der der BRD und wir konnten ebenso einen grossen Beitrag zur deutsch-türkischen Freundschaft leisten, wie die herzliche Atmosphäre in unseren Veranstaltungen offenbarte.

Im folgenden wollen wir einen kurzen Überblick über den Verlauf der Veranstaltungen geben:

- Die erste Veranstaltung war die Eröffnung der Ausstellung am 11. Nov. im Kunstamt Kreuzberg. In den überfüllten Ausstellungsräumen verfolgten über Tausend türkische und deutsche Besucher mit großem Interesse die Eröffnung. Die Eröffnung, die durch die Atmosphäre der deutsch-türkischen Freundschaft gekennzeichnet war, glich einem Fest. Die Ausstellung wurde durch Ansprachen der Leiterin des Kreuzberger Kunstamtes Krista Tebbe, des Vorsitzenden des Türkischen Akademiker- und Künstlervereines Mehmet Aksoy und des bekannten zeitgenössischen türkischen Schriftsteller Fakir Baykurt eröffnet. Bei der Eröffnung waren auch Herr Reinhard Gericke, Stadtrat für Volksbildung in Kreuzberg, Herr Reiner Klebba, SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg und Herr Prof. Dieter Ruckhaberle, Direktor der Staatlichen Kunsthalle Berlin, anwesend. Viele türkische Arbeiter mit ihren Familien brachten unzählige Blumen in die Ausstellung, um den großen Dichter zu seinem 75. Geburtstag zu ehren.

- Zur Uraufführung des Filmes "1. Mai in Istanbul 77" am 12. Nov. kamen so viele Zuschauer ins Yorckkino, daß eine zweite Vorstellung am selben Abend angesetzt werden mußte.

- Auch die Lesund am 13. Nov. im Grips-Theater war so gut besucht, daß ein Teil des Publikums sie stehend verfolgen mußte. Die Schauspieler Michael Ben, Renate Heuser, Peggy Lukac und Otto Zonschitz lasen die ins Deutsche übersetzten Gedichte von Hikmet. Auch die bekannte türkische Schauspielerin Semra Özdemar und der türkische Dichter Ataol Behramoglu lasen Gedichte von Hikmet.

- Am 14. Nov. fand ein Symposium mit internationaler Beteiligung in der Akademie der Künste statt. Es waren neben Krista Tebbe, Leiterin des Kunstamtes Kreuzberg und Mehmet Aksoy, Vorsitzender des Türkischen Akademiker- und Künstlervereins, der Dichter Ataol Behramoglu, der Literaturwissenschaftler Asim Bezirci und der Schriftsteller Fakir Baykurt aus der Türkei, die Schriftstellerin Annemarie Bostroem, Paul Wiens und Stefan Hermlin aus der DDR, die die Gedichte Hikmets ins Deutsche übertragen haben und der Philologe und Literaturwissenschaftler Ibrahim Tatarli aus Bulgarien beteiligt. Im Symposium wurden Leben und Werk Nazim Hikmets diskutiert und sowohl sein literarisches Schaffen, das in der Türkei eine neue Epoche einleitete, als auch sein politisches Engagement gewürdigt.

- Am 15. Nov. fand das erste große Konzert dieser Veranstaltungsreihe statt. Im vollbesetzten TU-Audi Max wurden die türkischen und deutschen Besucher vom Türkischen Arbeiterchor, Hanns-Eisler Chor, von den Volkssängern Ruhi Su und Sümejra und von Ilse Scheer begeistert. Vor allem herrschte im Saal eine große Stimmung, als der berühmte türkische Sänger Ruhi Su, der zum ersten Mal im Ausland auftrat, auf die Bühne kam. Das Konzert stand im Zeichen Hikmets. Sowohl die Chöre, als auch die Sänger sangen Lieder, die nach Texten von Hikmet komponiert wurden. Das Konzert wurde durch die Rezitation von Gedichten Hikmets in türkischer und deutscher Sprache gegliedert.

- Das zweite große Konzert fand am 16. Nov. im großen Sendesaal des SFB statt. Es traten der Türkische Arbeiterchor und Ruhi Su auf . Dann folgte die Uraufführung des von Tahsin Incirci komponierten Poems "Epos vom Scheich Bedreddin" nach Texten von Hikmet mit dem Orchester des Collegium Musicum, dem Hanns-Eisler Chor und dem Türkischen Arbeiterchor. Der langanhaltende Beifall des begeisterten Publikums galt vor allem dem Komponisten des Poems und Leiter des Türkischen Arbeiterchors Tahsin Incirci.

- Am 18. Nov. fand das Gastspiel des Einmann-Theaters Genco Erkal "Wie Kerem" nach Texten von Hikmet statt. Das Grips-Theater, wo die Vorstellung stattfand, war vollbesetzt. Das großartige Spiel Genco Erkals begeisterte die zumeist türkischen Zuschauer und forderte sie zu langanhaltendem Beifall heraus.

- Nach dem Theaterspiel Genco Erkals "Wie Kerem" am 19. Nov. im Künstlerhaus Bethanien fand anschließend ein Fest statt, das von mehr als Tausen türkischen und deutschen Besuchern überfüllt war. Der Türkische Arbeiterchor und die Türkische Folkloregruppe hatten begeisternde Auftritte. Es gab türkische Spezialitäten. Das Fest zog sich bis in die frühen Morgenstunden hin.

- Glanzvoller Höhepunkt und Abschluß der Nazim Hikmet-Woche bildete das letzte große Konzert in der Neuen Welt am 21. Nov., das von mehr als 3.000 Besuchern fast auseinander barst. Es traten der Türkische Arbeiterchor, die Türkische Folkloregruppe, die berühmten Sänger Ruhi Su und Sümejra aus der Türkei, Dieter Süverkrüpp aus der BRD und zum Höhepunkt des Abends Maria Farantouri mit ihrem Orchester aus Griechenland auf. Die bekannte türkische Schauspielerin Semra Özdamar und der Dichter Ataol Behramoglu lasen Gedichte von Hikmet. Der Generalsekretär der Friedensgesellschaft der Türkei, Enis Coskun, überbrachte die Glückwünsche seiner Organisation und Friedensfreunde der Türkei und würdigte Nazim Hikmet.

Zu Beginn des Konzertes dankte noch einmal Mehmet Aksoy, Vorsitzender des Türkischen Akademiker- und Künstlervereins, der Deut-



schen Klassenlotterie für ihre finanzielle Unterstützung, dem Senator für kulturelle Angelegenheiten für seine Befürwortung, dem Kunstamt Kreuzberg für seine Unterstützung, allen Künstlern und Mitwirkenden für ihre Teilnahme und allen zahlreichen Mitarbeitern und Helfern, die zum Gelingen der Nazim Hikmet-Woche beigetragen haben. Er erwähnte besonders die Glückwünsche, die Bundespräsident Walter Scheel und Bundeskanzler Helmut Schmidt dem Türkischen Akademiker- und Künstlerverein übermittelt haben.

Danach wurden einige der zahlreichen Grußbotschaften aus aller Welt verlesen, u.a. vom Schriftstellerverband der UdSSR, vom Schriftstellerverband Bulgarien, vom türkischen fortschrittlichen Frauenverband IKD, vom türkischen allgemeinen Lehrerverband TÖB-DER, von der Friedensgesellschaft der Türkei, von der Kommunistischen Partei der Türkei TKP und vom Weltfriedensrat.

Das Konzert stand im Zeichen der Solidarität mit den streikenden Metallarbeitern in der Türkei. Für sie wurde allein an diesem Abend 5.000 DM gesammelt. So ging die Nazim Hikmet-Woche in einer Atmosphäre der Begeisterung, Freundschaft und Solidarität zu Ende.

Der Nazim Hikmet-Woche waren die Herausgabe eines umfangreichen Katalogs in deutscher und türkischer Sprache sowie die Eröffnung der Ausstellung zu Leben und Werk Hikmets vorausgegangen. Die Ausstellung stellt Arbeiten internationaler bildender Künstler sowie Fotos dar, die durch Anregung des Dichters geschaffen wurden. Die Ausstellung bleibt bis Anfang 1978 geöffnet und ist zu besuchen in den Ausstellungsräumen des Kunstamtes Kreuzberg, im Künstlerhaus Bethanien am Mariannen Platz 2.

Hiermit wollen wir noch einmal den oben erwähnten deutschen Stellen und Institutionen, den Künstlern und Kunstwissenschaftlern, allen Mitwirkenden, an Persönlichkeiten, Organisationen und Parteien für ihre Glückwünsche sowie allen Mitarbeitern und Helfern, die das Zustandekommen dieses Projektes ermöglichten und nicht zuletzt der Presse, die ein großes Interesse für unser Projekt zeigte, danken.



Verein der Arbeiter aus der Türkei in Essen e.V.

Türken möchten im Zentrum oft deutsche Gäste begrüßen

Treffpunkt an der Friedrich-Ebert-Straße wurde eröffnet

„Wir hoffen auf gute Zusammenarbeit mit der Stadt Essen. Noch mehr aber hoffen wir, daß unsere deutschen Mitbürger diesen Treffpunkt häufig nutzen". Das sagte Salih Yigit, Sekretär des Türkischen Arbeitervereins, als er das neue Türkische Zentrum an der Friedrich-Ebert-Straße am Samstag eröffnete.

Manfred Kundt von den Essener Jungdemokraten: „Dieses Zentrum war in Essen schon lange überfällig". Klaus Wolf vom SPD-Vorstand meinte: „Die Stadt Essen braucht noch mehr derartiger Treffpunkte für ausländische Mitbürger". Inge Tucht vom Arbeitskreis ausländische Schüler in der GEW: „Hier können wir die türkischen Schulkinder endlich richtig unterstützen".

Anschließend konnten die Besucher und Gäste zahlreiche türkische Speise-Spezialitäten, diverse Getränke und die entsprechende Folklore genießen. Im Verlauf des Abends wurden auch Gedichte rezitiert und Lieder zur Gitarrenbegleitung gesungen.

Das Türkische Zentrum mit angeschlossenem gastronomischen Betrieb befindet sich in einem Haus, das der Stadt gehört. Das Zentrum dient nicht nur der Information und Kommunikation, sondern auch der Beratung für Türken. Im übrigen steht das Haus zahlreichen Initiativen, Gruppierungen und Vereinen zur Verfügung. Es wurde in Eigenarbeit von den Mitgliedern des Türkischen Arbeitervereins eingerichtet. —nn

Montag, 19. Dezember 1977 WAZ

Der Verein der Arbeiter aus der Türkei in Essen e.V., wurde im April 1974 gegründet und ist einer der Mitgliedsvereine im Ruhrgebiet.

Am Samstag den 17. Dez. 1977 eröffnete der Verein ein Zentrum, welches in der Stadt große Beachtung findet. Mit dem bald beginnenden neuen Jahr intensiviert und erweitert der Verein seine Tätigkeit: Deutschkurse für Anfänger und Fortgeschrittene, Kurse für Gesundheits- und Kinderpflege, Näh- und Zuschneidekurse, Lese- und Rechtschreibekurse für türkische Frauen, Förderunterricht für türkische Schulkinder und nicht zuletzt Türkisch für Deutsche.



Der Verein unterhält einen Sozialberatungs- und Übersetzungsdienst, besitzt eine kleine Bibliothek, eine Fußballmannschaft, folkloristische Tanzgruppe, einen Arbeiterchor und eine Theatergruppe.

Es werden ständig jeweils für 3 Wochen Arbeiterfotografie, Malereien und Handarbeiten in einer Ausstellungsecke gezeigt (siehe Bild zur Eröffnungsausstellung mit dem Titel "Deutsche und ausländische Arbeiter gemeinsam").

PRESSESPIEGEL

Eine türkische Lektion

Veranstaltungsreihe Nazim Hikmet

Berliner liberale Zeitung, 11.11.1977

‚Leben / Einzeln und frei / wie ein Baum / Und brüderlich / Wie ein Wald / Das ist unsere / Sehnsucht.' Dieser Satz stammt aus einem Gedicht von Nazim Hikmet, dem bedeutenden türkischen Lyriker, Romancier und Dramatiker, dessen „Lebenslauf zugleich ein Panorama unseres Jahrhunderts ist". (W. Brands). Bei der türkischen Bevölkerung ist er sehr populär und er verdient auch hier die Anerkennung, die ihm in anderen Ländern längst zukommt. Im eigenen Land verfolgt, insgesamt siebzehn Jahre im Gefängnis, jahrzehntelang ohne Veröffentlichungsmöglichkeit, wurden seine Werke außerhalb der Türkei in über 40 Sprachen übersetzt.

Unabhängigkeit des Geistes

In seinem politischen Engagement wie in seiner künstlerischen Arbeit steht er in einer Reihe mit Neruda, Brecht und Majakowski. Neruda schrieb über ihn: „Mein Bruder, du hast für uns alle gesungen. Nun brauchen wir nicht mehr im Zweifel zu sein, was wir tun sollen. Nun wissen wir alle, wann wir anfangen müssen zu singen." Und Aragon: „Er hat uns allen eine große Lektion von der Aufrichtigkeit und der Unabhängigkeit des Geistes gegeben. Die Größe des Menschen in ihm war nicht geringer als diejenige des Poeten."

Der türkische Akademiker- und Künstlerverein veranstaltet, unterstützt vom Kunstamt Kreuzberg, befürwortet vom Senator für kulturelle Angelegenheiten und mit finanzieller Hilfe der Deutschen Klassenlotterie im November 77 zum 75. Geburtstag eine Veranstaltungsreihe Nazim Hikmet mit einer Ausstellung, einem Symposion, Konzerten, Lesungen, Theateraufführungen und Filmen. Eröffnung am 11. November.

Der türkische Akademiker- und Künstlerverein hat in den vergangenen Jahren viele Veranstaltungen kultureller und gesellschaftlicher Art durchgeführt oder mitgetragen. Breite Anerkennung errang er mit der Ausstellung „Mehmet kam aus Antolien" 1975 gemeinsam mit dem Kunstamt Kreuzberg, die in fünf Monaten 27 000 Besucher hatte. Diese Ausstellung umfaßte Kunstwerke und eine Dokumentation, die sich beide mit der Lage der türkischen Gastarbeiter auseinandersetzten. Die Ausstellung wandert zur Zeit noch durch die Bundesrepublik (Bonn, Frankfurt, München, Bochum).

Große Resonanz fand ferner das Konzert „die betrübte Freiheit" im April 1976 in der Philharmonie, an dem neben dem türkischen Arbeiterchor auch der Hans Eisler Chor, die chilenische Gruppe Aparcoa, der Sänger Hans Stein und der Komponist Sergio Ortega teilnahmen.

Das Projekt über den türkischen Dichter Nazim Hikmet (Ausstellung, Katalog, und Veranstaltungsreihe mit Konzerten, Theater- und Filmaufführungen, Lesungen, Festen und einem Symposion) im November/Dezember dieses Jahres ist das bisher größte Vorhaben des Vereins.

Zur Ausstellung und den Veranstaltungen des Gesamtprojekts gibt der Verein den 400 Seiten starken Katalog in Deutsch und Türkisch heraus. Neben der Dokumentation über Leben und Werk Nazim Hikmets sind darin viele vergriffene, bisher noch nicht übersetzte Texte enthalten sowie Abbildungen der in der Ausstellung gezeigten Arbeiten bildender Künstler und Fotografen.

Der türkische Akademiker- und Künstlerverein wurde 1972 gegründet. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt im kulturellen und künstlerischen Bereich, und zwar unter zwei Hauptaspekten:

- das viel zu geringe Angebot für jene zu erweitern, die als Arbeitskräfte aus der Türkei geholt wurden und deren kulturelle Bedürfnisse hier fest gänzlich ignoriert werden;
- zu einem besseren Verständnis und zur Freundschaft zwischen Deutschen und Türken beizutragen. Zu diesem Zweck bildet der Verein Folklore-, Theater- und Musikgruppen und führt Ausstellungen und andere kulturelle Veranstaltungen durch. Weitere Aufgaben des Vereins sind Hilfeleistungen bei allen Problemen sozialer, juristischer und wissenschaftlicher Art, die Förderung der Rechte und Rechtspositionen der türkischen Bevölkerung in Berlin-West. Der Verein verfolgt keine geschäftlichen Ziele.

DVZ, 3.11.1977

Ausländer gleichgestellt

Ausländer sind keine Mieter zweiter Klasse, hat das Landgericht Hannover zugunsten eines Griechen entschieden, der ein Jahr vor Ablauf der regulären Mietzeit aus seiner Wohnung auszog und Landsleute als Nachfolger vorschlug, die jedoch dem Vermieter nicht genehm waren. Ausländer sein ist allein kein Ablehnungsgrund, entschied das Gericht (Aktenzeichen: 8/11 S 8/75).



Wiesbadener Kurier, 18.11.1977

Geld für Ausländer-Kinder nur bei Schulbesuch

HANNOVER (dpa) Ausländische Arbeitnehmer erhalten in Zukunft nur noch dann Kindergeld, wenn sie den Schulbesuch ihrer Kinder im Bundesgebiet nachweisen können. Wie das Landesarbeitsamt Niedersachsen — Bremen auf Anfrage mitteilte, verschicken alle Landesarbeitsämter gegenwärtig Aufforderungen an Gastarbeiter, die regelmäßige Teilnahme ihrer Kinder am Unterricht von der jeweiligen Schule bestätigen zu lassen.

Man kann Deutscher werden - aber die Frist läuft bald ab

Anträge bei der Stadtverwaltung / Für Kinder, deren Mutter Deutsche und deren Vater Ausländer ist, wichtig

Schaumburger Zeitung, 26.11.1977

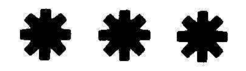
jah. RINTELN. Man kann Deutscher werden. Am 31. Dezember läuft eine für viele wichtige Frist ab. Bis zum Dezember 1974 wurden Kinder eines ausländischen Vaters und einer deutschen Mutter Angehörige des Staates, dem der Vater entstammt. Kinder, die vom 1. Januar 1975 an geboren wurden, waren, egal welcher Elternteil deutsch war, durch Geburt Deutsche. Jedes in der Zeit vom 1. April 1953 bis zum 31. Dezember 1974 geborene Kind hat jetzt die Möglichkeit, durch die Abgabe einer Erklärung die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Vordrucke dafür erhält man beim Standesamt der Stadt. Dieses leitet die Erklärung an den Regierungspräsidenten weiter und händigt später auch die Urkunde aus, die die neue Staatsangehörigkeit bescheinigt. Selbstverständlich sind die Mitarbeiter des Standesamtes gern bereit, bei Unklarheiten dem Antragsteller zu helfen.

Dieses Gesetz hat für einige Mitbürger unterschiedliche Auswirkungen. Wer zum Beispiel bisher Brite war und Deutscher werden kann, behält auch die alte Staatsangehörigkeit, er ist ein sogenannter „Doppelstaater". Bei Jugoslawen ist es genauso. Wer bisher Italiener war oder Spanier, verliert kraft in den beiden Ländern geltenden Gesetzes die Staatsangehörigkeit seines alten Landes. Am besten sind Türken „dran". Sie können sich aussuchen, ob sie Türke und Deutscher sein wollen oder nur Deutscher.

Aber das ist eigentlich nicht das Entscheidende. Wichtig ist, jeder kann jetzt Deutscher werden, wenn er nach dem 1. April 1953 geboren wurde, und ein Elternteil Deutscher ist. Beachtet werden muß folgendes: Die Erklärung muß schriftlich abgegeben werden. Die Vordrucke sind bei der Stadt zu erhalten. Mitgebracht werden muß: Personenstandsurkunden (Abstammungsurkunde des Kindes, Heiratsurkunde der Eltern und dergleichen) vorhandene Staatsangehörigkeitsurkunden, amtliche Personaldokumente der Eltern und des Kindes (Reisepässe, Personalausweise und dergleichen) und die Bescheinigung der Meldebehörde, daß die Mutter bei der Geburt des Kindes als Deutsche gemeldet war. Kinder, die bereits 18 Jahre alt sind, geben die Erklärung selber ab und unterschreiben sie auch. Wer noch nicht 18 Jahre alt ist, braucht die Unterschrift des Sorgeberechtigten (Eltern oder Vormund).

Bei einer bestehenden Ehe geben beide Elternteile die Erklärung ab. Einigen sich die Eltern nicht, kann die Erklärung auch von einem Elternteil unterschrieben werden. Diese Erklärung muß von einem deutschen Vormundschaftsgericht genehmigt werden. Bei einer aufgelösten Ehe unterschreibt der, der das Sorgerecht hat. Wenn dieser nicht unterschreiben will, kann auch der andere unterschreiben. Hier muß wieder ein deutsches Vormundschaftsgericht genehmigen.

Bei nichtehelichen Kindern ist es etwas komplizierter. Ein Kind einer deutschen Mutter wird Deutscher — wie bisher. Wenn das Kind einen deutschen Vater und eine ausländische Mutter hat, kann es die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, wenn eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Feststellung der Vaterschaft erfolgte, das Kind zum Zeitpunkt der Geltendmachung des Einbürgerungsanspruchs das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und das Kind mindestens fünf Jahre in Deutschland lebt. Aber auch wer schon 18 Jahre alt ist, kann noch die Staatsangehörigkeit erwerben, nur — diese Frist endet ebenfalls am 31. Dezember dieses Jahres.



Die Wahrheit, 2.11.1977

Ausländer wegen Strafbefehl zur „Abschreckung" ausgewiesen

OVG-Urteil diskriminiert ganzen Bevölkerungsteil

Ein 34 Jahre alter in Westberlin lebender Türke wird lediglich deswegen aus unserer Stadt hinausgeworfen, weil er erstmals straffällig wurde und wegen Trunkenheit im Straßenverkehr und Unfallflucht mit einem Strafbefehl in Höhe von 1300 DM bedacht worden war. Dieses in keinem Verhältnis zu den Konsequenzen für die Existenz stehende Delikt machte das Oberverwaltungsgericht jetzt in einer unwiderruflichen Entscheidung geltend, um den Mann abzuschieben.

„Die Ausländerbehörde", so heißt es in dem gestern bekanntgewordenen Urteil, „handelt auch dann im Rahmen der Ermächtigung, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu schützen, wenn sie einen Ausländer schon nach einer einmaligen Verurteilung zum Zwecke der Abschreckung anderer Ausländer ausweist, sofern bei der Art der Verfehlung die Ausweisung als geeignetes Mittel der Abschreckung anzusehen ist."

„Abgeschreckt" werden sollen also all die vielen tausend ausländischen Arbeiter. Der Urteilstenor des OVG-Entscheids verletzt nach Ansicht von Juristen elementare Menschenrechte, wie das auf Arbeit und auf Wohnung. Insofern ist das Urteil des Gerichts als Diskriminierung eines Bevölkerungsteils anzusehen.

Schönebergs CDU-Bürgermeister Kabus wurde unlängst wegen eines ähnlichen Verkehrsdelikts zu einem Strafbefehl von insgesamt 2750 DM verurteilt. Er hatte ein parkendes Auto gerammt und sich klammheimlich aus dem Staube gemacht.

Bei Redaktionsschluß war nicht bekannt, ob gegen ihn vergleichbar harte Maßnahmen erwogen werden . . .

Frankfurter Allgemeine, 1.11.1977

SPD fordert kommunales Wahlrecht für Ausländer

ck. Ausländern nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik das Kommunalwahlrecht zuzubilligen, hat die Delegiertenkonferenz der SPD im Frankfurter Wahlkreis 39 (Westend, Bockenheim, Rödelheim) gefordert. Nach Ansicht der Sozialdemokraten in diesem Wahlkreis zeigt sich besonders in Bockenheim, wie notwendig eine Interessenvertretung ausländischer Mitbürger in kommunalen Gremien sei. Immerhin betrage der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung dort 22,8 Prozent. Schließlich bezahlten die ausländischen Bürger Steuern, ohne jedoch auf die Verteilung der von ihnen miterarbeiteten Etats Einfluß ausüben zu können. „Zum Zeitpunkt der bevorstehenden Direktwahlen zum Europäischen Parlament ist es ein Anachronismus, daß große Minderheiten in ihrem unmittelbaren Lebensbereich noch immer ohne eigene parlamentarische Interessenvertretung sind", heißt es in einer Erklärung der SPD.

Frankfurter Rundschau, 4.11.1977

Auch in Frankfurt Kritik an türkischen Hodschas der Koranschulen

Prügel und sinnloses Lernen?

Vorwürfe bestritten

Von unserem Mitarbeiter Gerald Mackenthun

Nach bedenklichen Berichten über Arbeit und Auswirkungen von Koranschulen im Ruhrgebiet sind auch in Frankfurt ähnliche Zustände bekannt geworden. Angaben eines türksichen Bundesbahn-Arbeiters zufolge sollen Koranschulen in erster Linie Mittel politischer Propaganda für rechtsradikale, nationalistische und orthodox-mohammedanische türkische Parteien sein. Kinder würden von Hodschas (Koranlehrer) öfter mit Stöcken geschlagen. Der zusätzliche Unterricht überlaste die Schulpflichtigen. Sie müssen Korankapitel (Suren) in arabischer Sprache auswendig lernen, deren Inhalt nicht einmal die Hodschas verstünden. Die Kinder würden von Hodschas gegen Andersdenkende aufgehetzt.

Diese Berichte werden von einem Vorstandsmitglied des Türkischen Volkshauses „100prozentig“ und von türkischen Mitarbeitern des Internationalen Familienzentrums und der Frankfurter Volkshochschule sowie einer deutsch-türkischen Lehrerin in wesentlichen Teilen bestätigt. Bestritten werden hingegen die Vorwürfe vom Vorsitzenden des „Islamischen Kulturzentrums“ in der Speyerer Straße, Hulusi Özdemir, in dessen Räumen Koranunterricht für schulpflichtige Türkenkinder abgehalten wird. Niemand werde gezwungen zu kommen.

In drei von vier Frankfurter Moscheen findet regelmäßig an Samstagen und Sonntagen je drei bis sechs Stunden, unregelmäßig auch an Wochentagen nachmittags, Auswendiglernen von Koransuren und Unterricht in nach europäischen Maßstäben antiliberalen mohammedanischen Sitten und Gesetzen statt. An dem Unterricht in der Hamidiye- und Fatih-Moschee (Töngesgasse und Klingerstraße) sowie dem Islamischen Kulturzentrum in der Speyerer Straße nehmen 160 bis 180 schulpflichtige Türken teil.

„Die Koranschulen stehen unter dem politischen Einfluß der drei Koalitionsparteien der türkischen Regierung“ sagte der Bundesbahner gegenüber der FR. Vier seiner Neffen besuchen Koranschulen. Das Islamische Kulturzentrum sei eng verbunden mit der rechtsradikalen „Nationalistischen Bewegungspartei“ (MHP), die beiden anderen Moscheen stünden unter „starkem Einfluß“ der orthodox-mohammedanischen „Heilspartei“ (MSP).

Den Kindern würden die MSP-Parteizeitung „Milli Gazete“ und Flugblätter der MHP zum Lesen und zum Verteilen an die Eltern mitgegeben. In den Korankursen werde die Politik dieser Parteien, auch die der „Gerechtigkeitspartei“ (AP) studiert. Weiterhin gebe es Kontakte zum Generalkonsulat in Köln.

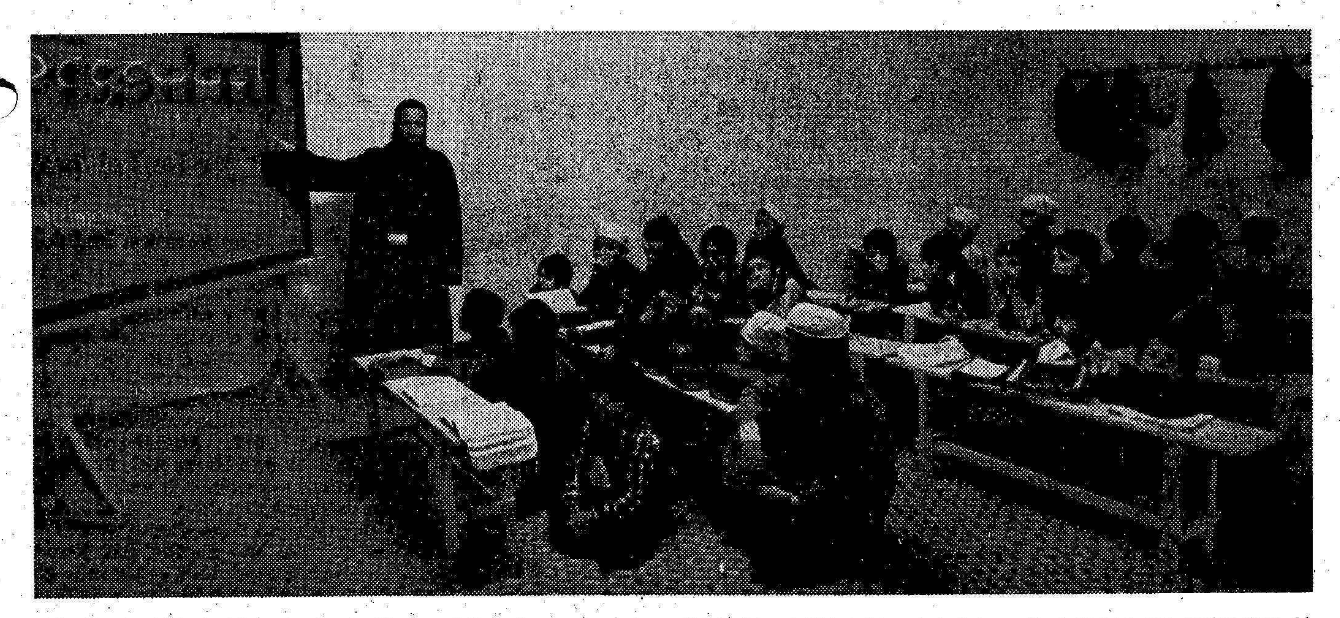
Hodschas sollen die Kinder gegen Andersdenkende, besonders gegen Kinder von Anhängern der sozialdemokratischen „Republikanischen Volkspartei“ (CHP) des Oppositionsführers Ecevit, aufgehetzt haben.

Die zusätzliche zeitliche Belastung, unter anderem sinnloses Nachplappern arabischer Phonetik beim Auswendiglernen der Suren, wirke sich negativ auf Konzentrations- und Lernfähigkeit der Türkenkinder aus. Ein Neffe des Bundesbahnarbeiters sei mit 15 Jahren erst in der 5. Klasse. Koranschüler brauchten drei bis vier Jahre für Vorbereitungsklassen, die normalerweise in zwei Jahren zu schaffen seien.

Weder das Schul- noch das Jugendamt sehen sich zur Zeit in der Lage, Koranschulen zu kontrollieren oder ihre Aktivitäten einzugrenzen. Sie sind private Vereine in die das Schulamt nicht und das Jugendamt nur bei Fällen von Kindesmißhandlungen eingreifen kann.

Überhaupt scheinen die Eltern, meistens beide ganztägig berufstätig, froh zu sein, daß ihre Kinder tagsüber und am Wochenende unter strenger Aufsicht seien, vermutet der Türke. Und selbst wenn sich Widerstand gegen Inhalte und Methoden regen würde, der moralische Druck der Moscheemitglieder verhindere Kritik aus den eigenen Reihen. Dieser Druck werde voll an die Kinder weitergegeben, die nur in seltenen Fällen aus diesem Kreis ausbrechen würden.

Besonders der Zwang auf Kinder wird von Moschee-Mitgliedern bestritten. „Eine regelmäßige Teilnahme ist nicht notwendig“, sagte Özdemir, Vorsitzender des „Kulturzentrum“-Vereins.



„Ein Moslem ist ein Mensch, der in Wort und Tat niemandem etwas Schlechtes tut“, steht unter einigen Buchstaben des arabischen Alphabets auf türkisch an der Tafel. So ohne weiteres mag man das nicht glauben, denn Inhalte und Unterrichtsmethoden türkischer Koranschulen in Frankfurt sind ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. (FR-Bild: Weiner)

Westfalen-Blatt, 19.11.1977

Nur ein einziges WC, kein Bad oder Dusche

Siechenmarschstraße 38 – Staatsanwalt mobilisiert

Bielefeld (ho). Früher muß es ein schmuckes Haus gewesen sein. Heute ist nicht nur der äußere Fassadenglanz dahin, auch im Innern hat der bauliche Zustand des Hauses Siechenmarschstraße 38 stark gelitten. Und es gibt für alle Wohnungen nur ein WC, kein Bad, keine Dusche. Dennoch: das dreigeschossige Haus ist Domizil für 15 türkische Familien mit jeweils etwa 3 bis 6 Kindern. Nebenan, im Hause 38 a, leben in Einzelzimmern acht oder neun Gastarbeiterfamilien mit insgesamt 16 Kindern.

Und zwar großenteils zu Mietpreisen, die das Bielefelder Amt für Wohnungswesen als »stark überhöht« bezeichnet. Für die Staatsanwaltschaft scheint es sich dabei um »Wuchermieten« zu handeln. Sie hat inzwischen Anklage gegen den nicht in Bielefeld wohnenden Hausbesitzer erhoben.

Von Mietpreisen zwischen 7,20 und 9 Mark pro Quadratmeter war jetzt in der Bürgerfragestunde der Bezirksvertretung Mitte die Rede. Genannt waren diese Mietsätze von Mitgliedern der Bielefelder Selbsthilfe e. V., die nach wie vor das der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) gehörende Haus Siechenmarschstraße 40 besetzt hält.

Die Hausbesetzer attackierten die LEG jetzt erneut. Ihr Vorwurf: Die LEG dulde es, daß Privatleute in dem von ihr erworbenen Haus Siechenmarschstraße 38 Mieten von 7,20 Mark pro Quadratmeter nähmen. Dazu hatte Stadtdirektor Möllenbrock der Selbsthilfe brieflich mitgeteilt: »Wenn Sie diese Behauptung aufrechterhalten wollen, müssen Sie schon sagen, wo und von wem diese Mieten gezahlt werden.«

Tatsache ist: Die Landesentwicklungsgesellschaft ist nicht Eigentümerin dieses Hauses. Die Ankaufsverhandlungen hatten sich zerschlagen. LEG-Projektleiter Ulrich Reedemeier bestätigte dies gestern dem WESTFALEN-BLATT auf Anfrage. Bereits in der Bezirksvertretung Mitte hatte er die Behauptungen der Bielefelder Selbsthilfe e. V. scharf zurückgewiesen. Reedemeier: »So etwas ist undenkbar.«

Als unzutreffend bezeichnete Reedemeier ebenso Unterstellungen von anonymer Seite, die LEG, die im Bielefelder Sanierungsgebiet im Auftrage der Stadt Bielefeld Grundstücke und Häuser erwirbt und Ersatzwohnungen zur Verfügung stellt, arbeite mit Pauschalzahlungen zum Nachteil sanierungsbetroffener und ausziehender Mieter.

Daß sich das mit türkischen Bewohnern vollgepropfte Haus Siechenmarschstraße Nr. 38 in einem alles andere als normalem Zustand befindet, bestätigt Baudirektor Peter Holst. Untersuchungen von freien Architekten hätten ergeben, daß es unter wirtschaftlichen und kostenmäßigen Gesichtspunkten nicht mehr erhaltenswürdig sei. Das Dach sei schadhaft, die Wände zu dünn und sämtliche Leitungen lägen auf Putz.

Übrigens: Dies ist kein Einzelfall von überhöhter Mietpreisforderung. Allein in diesem Jahr hat das Bielefelder Amt für Wohnungswesen in sechs oder sieben ähnlichen Fällen Vorermittlungen angestellt und dann die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.



Im Sanierungsgebiet Siechenmarschstraße: Rund zwei Dutzend kinderreiche türkische Gastarbeiterfamilien bewohnen das Haus Nr. 38 (Bild) samt dem dahinterliegenden Haus Nr. 38 a. Foto: Ed. Heidmann

Guten Morgen

Westfälische Rundschau, 4.11.1977

Daß der Morgen nicht immer gut anfängt, mußten türkische Mieter eines Hauses an der Wambeler Straße feststellen. Flegelhafte Deutsche hatten an der Außenwand des Hauses mehrfach den dummen und stupiden Satz hingeschmiert: „Türken raus!" Daß sich zunächst die Türken darüber aufregen, ist verständlich. Und auch ein Teil ihrer deutschen Nachbarn finden dieses Geschmiere alles andere als geistreich. Haben sie zum Teil doch noch einen ganz anderen Spruch in den Knochen: „Juden raus!". Die türkischen Hausbewohner haben nun einen starken Verbündeten gefunden. Ihren Hauswirt. Der regt sich über dieses Geschreibsel nämlich am meisten auf und meinte: „Meine türkischen Mieter sind die ruhigsten und die saubersten."

Düsseldorfer Express, 9.11.1977

Behörde will kranke Türkin abschieben

Politiker prangern Ämterwillkür an

exp Düsseldorf — Seit fünf Jahren lebt Fatma K. in Düsseldorf. 1972 folgte sie aus der Türkei ihrem Mann, der seit mehr als sechs Jahren in einer Stahlfabrik arbeitet, zusammen mit ihren Kindern an den Rhein. Als die Türkin kurz nach der Einreise an Lungentuberkulose erkrankte, hatten die Behörden dennoch keine Einwendungen gegen ihr Hierbleiben. Doch 1976, als die Konjunktur ins Tal abgerutscht war, dachten sie plötzlich anders: Fatma K. sollte zurück in die Türkei.

Nur der formelle Einspruch bewahrte die Familie davor, auseinandergerissen zu werden. Seitdem lebt sie in Ungewißheit: Alle sechs Monate muß sie erneut einen Antrag stellen, damit die Frau bei ihrer Familie bleiben kann.

Jetzt nahmen sich zwei Düsseldorfer Landtagsabgeordnete des Falles an. Jürgen Büssow und Hans Reymann (SPD) wollen gesichert wissen, daß in solchen Härtefällen nicht alles über den gleichen bürokratischen Kamm geschoren wird.

Denn die Behörden beriefen sich bei ihrer Maßnahme auf einen Erlaß des Innenministers, der bei TBC-Erkrankungen — auch wenn keine Ansteckungsgefahr besteht — auf Verweigerung der Aufenthaltserlaubnis drängt.

Die beiden Politiker: Wenn der Erlaß angewendet wird, bedeutet das für die türkische Familie eine unzumutbare Härte. Bei der Ausweisung von Fatma K. würde entweder die Familie auseinandergerissen oder ihr Mann müßte seinen Arbeitsplatz aufgeben und einem ungewissen Schicksal in der Türkei entgegenblicken.

„Man kann eigentlich nur zu dem Schluß kommen", so kritisieren die beiden Abgeordneten, „daß es sich um eine vorgeschobene Begründung handelt".

Bürstädter Zeitung, 17.11.1977

Türken wurden abgeschoben

Polizei suchte nach illegalen Arbeitern

Bürstadt (hei). Fündig wurde die Polizei am Montag bei der Suche nach illegalen ausländischen Arbeitern. Die Beamten faßten zwei Türken, die nach einer Nacht in Polizeigewahrsam am vergangenen Dienstag per Flugzeug in ihre Heimat abgeschoben wurden. Auf Grund von Hinweisen waren Polizeibeamte im Auftrag des Ausländeramtes Heppenheim im Raum Bürstadt tätig geworden.

Mit einem Bußgeld je nach Schwere des Falles bis zu 50.000 Mark kann ein Unternehmer belegt werden, wenn er Ausländer beschäftigt, die keine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis haben. Außerdem muß entweder der betroffene Gastarbeiter oder sein Chef die Reise nach Hause bezahlen.

Für alle Ausländer aus Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft besteht in der Bundesrepublik ein Anwerbestop. Doch übt Deutschland trotz bekannter Schwierigkeiten auf Arbeitsuchende aus diesen Ländern noch eine große Anziehungskraft aus. Besonders Türken kommen immer wieder als Touristen und nehmen dann eine Arbeit an. Dann werden die Behörden nach den Paragraphen des Ausländergesetzes tätig. Denn der Illegale schafft ohne behördlichen Segen meist unter unwürdigen Bedingungen. Andererseits sind bei diesen Arbeitskräften natürlich die Lohnkosten niedrig, so daß anscheinend der Nutzen für den Arbeitgeber das Risiko von Bußgeld und anderen Kosten überwiegt.

Ludwigsburger Kreis-Zeitung 9.11.1977

SPD: Ausländer fördern

Landtagsfraktion erarbeitet Konzept zu Gastarbeiterpolitik

Stuttgart. – Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik darf nach Ansicht der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion nicht länger als ein „notwendiges Übel" angesehen werden. Die SPD-Parlamentarier erarbeiteten vor diesem Hintergrund eine Konzeption, die sich für eine verstärkte Integration der Ausländer, für mehr Mitwirkungsrechte und soziale Eingliederungschancen der Ausländer ausspricht. In dem Konzept, das noch im November Gegenstand einer Anhörung mit allen betroffenen gesellschaftlichen Organisationen sein soll, wird ein Entwicklungsprogramm für südeuropäische Länder angeregt.

Damit sollen Berufsförderungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramme in den Heimatländern für arbeitslose Ausländer initiiert werden. Eine sogenannte „Zwangsrotation", mit der die Ausländer nach einer bestimmten Frist zur Rückkehr in ihre Heimatländer gezwungen werden sollen, lehnt die SPD dagegen kategorisch ab.

Daß die Bundesrepublik faktisch zu einem Einwanderungsland geworden ist, steht für die SPD fest. Bereits jetzt leben 20 Prozent der Ausländer schon mehr als zehn Jahre und 66 Prozent mehr als fünf Jahre in der Bundesrepublik. Rechtlich erleichterte Aufenthaltsgenehmigungen und Familienzusammenführungen, mehr sozialen Wohnraum sowie festgelegte Anhörungs- und Mitspracherechte in den Gemeinden und Regionen sind nach Auffassung der SPD Wege, um die Integration der Ausländer wirksam voranzutreiben.

Die SPD-Fraktion, die grundsätzlich jedem Ausländer die Entscheidung zur Rückkehr in sein Heimatland freistellen möchte, kritisiert in ihrer Ausarbeitung die Betrachtung der Ausländer als eine „billige, verfügbare und flexibel einsetzbare Arbeitsreserve".

Bildungschancen verbessern

Breiten Raum nehmen in der SPD-Konzeption Vorschläge zur Verbesserung der Bildungschancen der Ausländer und ihrer Kinder ein. Die Partei schlägt unter anderem vor: freiwilliger Unterricht in der Muttersprache, der auf die allgemeinen Unterrichtsstunden angerechnet wird, verstärkte Förderung außerschulischer Sprachhilfe-Modelle sowie über Vorbereitungsklassen hinaus auch eine Anerkennung der Muttersprache als zweite Fremdsprache. Die Partei weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß rund 1,1 Millionen Kinder von Ausländern in der Bundesrepublik derzeit in den Heimatländern ohne Eltern oder zumindest ohne Vater oder Mutter aufwachsen.

Kaffeetafel mit türkischen Müttern

Ausländerfrauen besprachen Probleme der Schulanfänger / Männer waren nicht zugelassen

Frankenpost, 23.11.1977

HOF. — In der Stadt leben mehr als 4000 Ausländer, davon mehr als die Hälfte Türken. Diese Ausländerquote ist für eine Stadt von der Größenordnung Hofs beachtlich. Oberbürgermeister Dr. Heun hatte vor einiger Zeit den türkischen Sozialbetreuer, türkische Lehrkräfte sowie Vertreter von Wohlfahrtsverbänden und Behörden zu einer Gesprächsrunde in das Rathaus eingeladen. Das Gespräch verlief in vielen Punkten erfolgreich. Unter anderem wurde vorgeschlagen, die Mütter von türkischen Schulanfängern zu einem Informationsnachmittag einzuladen. Trotz einiger Bedenken fand dieser Nachmittag dieser Tage statt. Bedenken tauchten deshalb auf, weil es unter den türkischen Landsleuten nicht üblich ist, daß die Frau ohne den Mann ausgeht, auch nicht während des Tages.

Das Schulamt der Stadt Hof und die Arbeiterwohlfahrt hatten im kleinen Konferenzraum der Freiheitshalle eine Kaffeetafel decken lassen, zu der alle Mütter der türkischen Abc-Schützen eingeladen waren. Männer waren nicht zugelassen. Empfangen wurden die türkischen Hausfrauen von Sigrid Weiner, Konrektorin an der Angerschule und Beauftragte der Regierungen von Oberfranken und der Oberpfalz für die türkischen Klassen, sowie von den türkischen Lehrerinnen Tanseli Toloy und Nermin Turan. Insgesamt waren 28 Mütter erschienen, teilweise mit sehr viel Skepsis. Ein paar Ehemänner wollten anfangs um jeden Preis an der Veranstaltung teilnehmen, ließen sich jedoch schließlich überzeugen, daß die Frauen wirklich unter sich sein wollten.

Sigrid Weiner und ihre türkischen Kolleginnen hatten es zu Beginn nicht leicht, die anwesenden Frauen zum Diskutieren zu bewegen. Bei Tee und Kuchen entstand schließlich doch ein sehr nützliches Gespräch. Sicherlich empfanden es die Gäste als sympathisch, daß sie sich auch mit der deutschen Lehrerin in ihrer türkischen Heimatsprache verständigen konnten.

Auf der Tagesordnung standen ausschließlich schulbezogene Themen: Schulisches und außerschulisches Verhalten, Schulweg, Unterrichtsmittel, Zurückstellungen und Hygiene. So wurde den Müttern empfohlen, das Fernsehen mit Rücksicht auf ihre Kinder nicht zu übertreiben. Außerdem wurde ihnen geraten, den Kindern einen ruhigen Arbeitsplatz für ihre Hausaufgaben zur Verfügung zu stellen. Da die Sauberkeit der Kinder häufig zu wünschen übrig läßt, empfahl man den Müttern, die Kinder regelmäßig zu waschen und deren Wäsche öfter zu wechseln. Die Gäste sparten ebenfalls nicht damit, ihre Sorgen vorzutragen. So berichtete eine Mutter über die Schwierigkeiten, die sie mit ihrem gelähmten schulpflichtigen Kind habe. Eine andere Mutter vermutete, ihre Kinder würden in der Schule benachteiligt. In einem weiteren Fall zeigte sich eine Türkin darüber bestürzt, daß man ihr Kind zurückstellen werde. Sie wurde jedoch überzeugt, daß es für das Kind besser sei, im nächsten Jahr nochmals eingeschult zu werden, als am Ende des ersten Schuljahres sitzenzubleiben.

Die Gäste erhielten am Schluß der Veranstaltung ein kurzgefaßtes Merkblatt überreicht, das wesentliche Tips enthält, so zum Beispiel: Hat Ihr Kind das Schulalter erreicht, so sollte es — noch vor seinem Eintritt in die Schule — bereits einige Fertigkeiten beherrschen. Es sollte sich selbständig an- und ausziehen, seine Schulsachen einräumen, den Schulkoffer umhängen und selbst seine Schuhbänder knüpfen können. Das in türkischer Sprache verfaßte Merkblatt endet mit dem Satz: Begleiten Sie in den ersten Tagen Ihren kleinen Anfänger zur Schule und zeigen Sie ihm nicht den kürzesten, sondern den sichersten Weg. Achten Sie darauf, daß die gelbe Mütze, die man den Kindern in der Schule aushändigt, auch jeden Tag getragen wird. Sie ist ein besonderer Schutz für die Schulneulinge, da sie von den Autofahrern bereits aus der Ferne erkannt werden kann.

Für die meisten der türkischen Frauen war es das erste Mal, daß sie außerhalb des Schattens ihrer Männer ein offenes Wort reden und miteinander diskutieren konnten. Sie erklärten übereinstimmend, der Informationsnachmittag sei sehr wertvoll gewesen und sollte durch weitere derartige Veranstaltungen ergänzt werden. Außerdem empfanden es die Türkinnen als angenehm, sich einmal außerhalb von Familie und Haushalt zu treffen.

Vor allem Gastarbeiter sind im Straßenverkehr stark gefährdet

Neben Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen zählen vor allem die ausländischen Arbeitnehmer zu den gefährdeten Verkehrsteilnehmern. Ihnen muß ganz besonders geholfen werden, sich im Verkehr auf unseren Straßen zurechtzufinden. Das betonte gestern der Präsident des Deutschen Verkehrssicherheitsrates, Dr. Hermann Pültz, in seiner Bilanz der dritten Verkehrsaufklärungsaktion für Gastarbeiter.

Im Mittelpunkt der DVR-Aktion standen die Urlaubsreise, der tägliche Arbeitsweg der Gastarbeiter und die Sicherheit der Kinder und Zweiradfahrer im Innerortsverkehr. Wie Dr. Pültz erklärte, haben sich die ausländischen Arbeitnehmer in den vergangenen zwei bis drei Jahren gut an das Verkehrsgeschehen angepaßt. Auch seien die „Katastrophenmeldungen" über Gastarbeiterunfälle seltener geworden. Nach Erkenntnissen der Polizei sei aber gerade in diesem Personenkreis noch ein überdurchschnittlicher Anteil an Unfällen nachzuweisen. Die häufigsten Unfallgründe sind dabei Übermüdung, nachlassende Konzentration nach langen Fahrten, Geschwindigkeitsüberschreitungen und der unvorschriftsmäßige Zustand der Fahrzeuge. So ergaben TÜV-Untersuchungen, daß nur 20 Prozent der von Ausländern benutzten Autos mangelfrei sind. ho

Die Welt, 24.11.1977

Fahrschule für 2000 Gastarbeiter

tö. Bremen — Das ist neu in Bremen. Die 2 000 Gastarbeiter mit Führerschein in der Hansestadt will der Verein Verkehrsübungsplatz in sechs Kurzseminaren auf das Verkehrsverhalten der Bremer trimmen. Genauer gesagt: einen Teil von ihnen. Die Ausgebildeten sollen ihr Wissen dann an ihre Landsleute weitergeben.

Walter Krawinkel, Leitender Polizeidirektor und Vorsitzender des Vereins Verkehrsübungsplatz: „Die Gastarbeiter sind im Stadtverkehr nicht mehr in Unfälle verwickelt als alle anderen Verkehrsteilnehmer. Deshalb tun wir das nicht. Vielmehr wollen wir sie mit der deutschen Mentalität und der Rechtsordnung vertraut machen."

Die Gastarbeiter aus südlichen Ländern, so Krawinkel, seien meist im Verkehr von Hause aus legerer. Deshalb müsse man sie über die hiesige Rechtsordnung, das soziale Verhalten im Verkehr, über die Notwendigkeit von sicheren Fahrzeugen, über TÜV- und Haftungsfragen informieren.

Krawinkel: „Die werden oft doch schon beim Autokauf reingelegt. Und beim Seminar erfahren sie, daß ein alter Schlitten nicht durch den TÜV kommt."

Die kostenlosen Wochenendseminare werden in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer organisiert. Teilnahmeberechtigt sind alle Gastarbeiter mit Führerschein.

Bremer Morgenpost, 24.11.1977

Erlanger Tagblatt, 13.12.1977

Gremium unternimmt Vorstoß von bundesweiter Tragweite

Ausländer wünschen sich kommunales Wahlrecht

„Auch Gastarbeiter sind schließlich von Stadtratsbeschlüssen betroffen" — Der Forderung stehen allerdings vorerst gesetzliche Hürden im Weg — Eine Hauptsorge der ausländischen Erlanger sind die noch unbefriedigenden Aufenthaltsgenehmigungen

Der Erlanger Ausländerbeirat, Vertretungsorgan von 8741 Gastbürgern aus hundert Nationen, hat sich ein Ziel von landes- und bundesweiter Tragweite gesteckt: das kommunale Wahlrecht für Ausländer.

„Niemand dürfte bestreiten, daß von den Entscheidungen der Kommunalparlamente Ausländer gleichermaßen betroffen werden und Parteien und Kommunalverwaltungen sich stärker für die ausländischen Arbeitnehmer einsetzen würden, wenn sie von den Wählerstimmen dieser Gruppe abhängig wären."

Diese Meinung vertritt der hiesige Beirat, und er will seinen Wunsch nach Mitbestimmung per Stimmzettel weiterverfolgen, wenn auch gesetzliche Bestimmungen vorerst einem kommunalen Wahlrecht für Ausländer entgegenstehen.

Wie das Gremium gegenüber dem ET präzisierte, schwebt ihm zunächst nur ein aktives Wahlrecht vor, für das ein zehnjähriger Daueraufenthalt in der Bundesrepublik Voraussetzung sein soll. Ließe sich dieser Wunsch realisieren, so könne man in späteren Jahren einmal prüfen, ob unter Umständen auch ein passives Wahlrecht mit eigenen Ausländer-Kandidaten sinnvoll und möglich ist.

Das kommunale Wahlrecht ist indessen nur einer von fünf Arbeitsschwerpunkten, die sich der Ausländerbeirat gesetzt hat. Das Gremium, dem neben zwei Stadträten 12 Ausländervertreter als beschließende Mitglieder angehören, strebt außerdem für Gastarbeiter und Angehörige einen sichereren Aufenthaltsstatus, die Verbesserung der Wohnverhältnisse, den Ausbau der Kontakte zwischen Deutschen und Gastarbeitern und eine stärkere Integration der ausländischen Jugendlichen in der Bundesrepublik an.

Kernproblem Aufenthaltsregelung

Wie Beiratsvorsitzender Ruhi Teksifer und seine Mitstreiter erklären, stellt für sie die jetzige Aufenthaltsregelung ein Kernproblem dar. Selbst Ausländer, die schon sehr lange in der Bundesrepublik leben und eine fünfjährige oder gar unbefristete Arbeitserlaubnis besitzen, müssen Jahr für Jahr um eine Aufenthaltsverlängerung nachsuchen, die stets nur für die Dauer von zwölf Monaten erteilt wird. (Nur EG-Angehörige genießen einen großzügigeren Sonderstatus.)

Diese bundesweite Praxis stellt für die Gastarbeiter einen großen Unsicherheitsfaktor dar und macht ein längerfristiges Planen kaum möglich. Der Beirat fordert daher, Ausländern nach einem Aufenthalt von fünf Jahren die unbefristete Aufenthaltserlaubnis, nach acht Jahren eine Aufenthaltsberechtigung zu erteilen.

Nach Auskunft von Heinz Meier, Sachgebietsleiter der Ausländerstelle bei der Stadt, verfügen heute erst 595 in Erlangen lebende Ausländer (6,8 Prozent) über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, die nur bei engeren familiären, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Bindungen an den deutschen Aufenthaltsort gewährt wird. Eine Aufenthaltsberechtigung, die noch stärkere Sicherheit bietet, wurde am Ort erst achtmal erteilt. Die Stadt ist hierbei — wie auch bei der Gewährung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis — an bindende gesetzliche Vorschriften und überörtlicher Anweisungen gebunden.

Die Beiräte versichern, daß die hiesige Ausländerstelle die Bestimmungen alles andere als kleinlich anwende. Als großzügig müsse man auch die Unterstützung der Gastarbeiter seitens des Stadtrats und des Oberbürgermeisters bezeichnen. Der Einsatz eines hauptamtlichen Ausländerbetreuers — eine Position, die Wilhelm Schaffer seit fünf Jahren mit großem Engagement ausübe — könne sogar anderen Städten als Vorbild dienen.

Dennoch müßten noch einige Aufgaben bewältigt werden. Der Ausländerbeirat würde es beispielsweise begrüßen, wenn deutsche Eltern ein Ausländerkind zum Mitlernen in ihre Familie einladen; daraus könnten sich auch Kontakte zwischen den Eltern ergeben, die zur Integration der Ausländer und zum noch besseren Verständnis ihrer Probleme beitrügen.

Für die Hauptgruppen der 577 fremdsprachigen Ausländerschüler ließe sich vielleicht der muttersprachliche Unterricht noch ausbauen, der dankenswerter Weise für Griechen und Türken bis zur sechsten bzw. vierten Jahrgangsstufe bereits eingeführt und für jugoslawische Kinder geplant sei.

Anerkennung verdiene die großzügige Aufnahme von Gastarbeiter-Kindern in den hiesigen Kindergärten wie auch die Hilfe, welche die GeWoBau den Ausländern bei der Wohnungsbeschaffung gewähre. Leider sei jedoch festzustellen, daß es nach wie vor private Vermieter gebe, die Ausländer ablehnten.

hg

Trierischer Volksfreund, 8.12.1977

Kindergärten auch für Ausländerkinder öffnen

Der Caritasverband hat alle Träger von Kindergärten in seinem Bereich aufgefordert, das bisherige Engagement für ausländische Kinder weiterhin zu unterstützen. Dies sei deshalb so besonders wichtig, weil die Kinder ausländischer Arbeitnehmer oft kulturell verunsichert seien, mit den zusätzlichen Schwierigkeiten einer ausgewanderten Familie lebten und an Störungen durch ihre Umwelt litten. Innerhalb des Caritasverbandes, dem rund 8000 Kindergärten in der Bundesrepublik angeschlossen sind, wurde eine Kommission damit beauftragt, den Erfahrungsaustausch zu fördern und die Konzeption auf diesem Gebiet praxisorientiert weiterzuentwickeln.

Sozialgericht: Schulbesuch darf kein Nachteil sein

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Gelsenkirchen 3.12.1977

Arbeitsamt verweigert Türken unbefristete Arbeitserlaubnis — Berufung bis zum Bundesgericht

(wfs) Ausländische Arbeitnehmer haben es immer schwerer, ihren Arbeitsplatz auf Dauer zu sichern. So akzeptiert das Arbeitsamt GE nicht die Entscheidung des Sozialgerichts GE, die einem Türken das Recht auf unbefristete Arbeitserlaubnis zuspricht. Die Arbeitsverwaltung will in die Berufung gehen, notfalls bis vors Bundessozialgericht, um durch einen Prozeßgewinn wieder in Einklang mit den Weisungen der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg oder bei einer Niederlage durch eine Änderung der Weisung wieder zu einer einheitlichen Rechtsauffassung zu kommen. Der betroffene Türke sieht das anders. „Beim Bundessozialgericht muß ich mir einen Anwalt nehmen. Den kann ich mir nicht leisten", umschreibt Hüseyin Arslan seine Situation und vermutet, daß ihm das Arbeitsamt auf diesem Wege die unbefristete Arbeitserlaubnis vorenthalten will.

Der Student der Fachhochschule Bochum, Abteilung Gelsenkirchen, hatte sie bis Mitte des Jahres beantragt, weil er mit 580 DM Bafög allein nicht Frau und zwei Kinder ernähren kann. Das Arbeitsamt lehnte sie ab, weil Hüseyin Arslan in den letzten fünf Jahren nicht ununterbrochen eine unselbständige Tätigkeit ausgeübt hat.

Der Türke, der 1963 als Berglehrling in die Bundesrepublik geholt wurde, hatte sich in der Zeit, nachdem er sich bis zum Grubensteiger hochgearbeitet hatte, in der Fachoberschule das Rüstzeug für sein jetziges Studium geholt. Das wurde ihm jetzt zum Verhängnis, da er in dieser Zeit nach den Vorstellungen des Arbeitsamtes nicht gearbeitet hat.

Nach Ansicht des Sozialgerichts kann dem Türken „nicht zum Nachteil gereicht werden, daß er in Ausnutzung seiner offensichtlich gegebenen Qualifikation berufliche Aufstiegs- und Bildungsmöglichkeiten nutzt und nur wegen des Schulbesuchs die Anspruchsvoraussetzungen ... nicht erfüllt, darüber hinaus sogar früher erworbene Berechtigungen verlieren würde."

Der Tendenz in den derzeitigen Entscheidungen der Arbeitsverwaltungen, ohne Rücksicht auf Ausländer-Schicksale jeden nur möglichen Arbeitsplatz für einen deutschen Arbeitnehmer freizuhalten, schließt sich das Sozialgericht GE nicht an. „Die Folge (für Hüseyin Arslan) wäre ein Erlöschen sämtlicher erworbener Rechte, so daß er nach dem voraussichtlichen Abschluß des Fachhochschulbesuchs im Jahre 1980 seine Qualifikation auf dem deutschen Arbeitsmarkt bei entsprechender ungünstiger Arbeitsmarktlage nicht mehr verwerten könnte", heißt es in der Urteilsbegründung.

Was es heißt, ein Ausländer zu sein...

Die Wahrheit, 29.12.1977

Keine Lehrstellen, keine Plätze in Gesamtschulen

„Angesichts der allgemeinen Lehrstellenknappheit und Jugendarbeitslosigkeit ist eine Vermittlung in Lehrstellen für ausländische Schulabgänger kaum möglich." So zu lesen in einem Bericht des Bezirksamtes Charlottenburg über die Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher. Was, so traurig es ist, kaum mehr verwundern kann. Schließlich sind es die Kollegen türkischer, spanischer und anderer ausländischer Nationalität, deren Arbeitsplätze mit als erste wegrationalisiert werden, wenn König Profit wieder einmal eine Gesundschrumpfung gebietet. Warum sollten dann die Kinder dieser Kollegen nicht auch auf den letzten Stellen der Wartelisten für die allzu knappen Lehrstellen stehen.

Ausländer in Westberlin, das heißt nun mal nach Meinung der Herrschenden Mensch zweiter Klasse zu sein, und das nicht nur im Betrieb. Wenn zum Beispiel unsere Mitbürger, deren Heimatsprache nicht die unsere ist, von skrupellosen Maklern und Wohnungsvermietern dazu gezwungen werden, in menschenunwürdigen Quartieren zu hausen — gezwungen, weil es bei annehmbaren Wohnungen immer wieder heißt: Keine Ausländer —, dann konstruiert das Bezirksamt Charlottenburg daraus, daß „... die Eltern oft allein aus finanziellen Erwägungen zu kleine Wohnungen und auch sogenannte ‚Bruchbuden' mieten". Und daß die Kinder der Ausländer durch solch unzureichende Wohnverhältnisse gefährdet seien. So herum kann man das natürlich auch drehen.

Immerhin gesteht das Bezirksamt ein, daß „die für die Unterbringung von Ausländern angebotenen Wohnungen oft nur bedingt durchschnittlichen Anforderungen genügen und nach wie vor eine gewisse Reserviertheit bei der Vermietung an Ausländer vorhanden ist". Daraus zu schließen, daß den besonders benachteiligten ausländischen Mitbürgern bei der Suche nach Wohnraum geholfen werden könnte, wäre aber weit gefehlt, denn: „Die unmittelbare Hilfe durch das Bau- und Wohnungsaufsichtsamt ist auf die Fälle beschränkt, bei denen bauliche Mängel in Wohnungen oder Wohnräumen festgestellt werden und die Mängelbeseitigung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen angeordnet werden kann."

Auf die Probleme ausländischer Schüler an Westberliner Lehranstalten ist schon früher in unserer Zeitung eingegangen worden. Bemerkenswert immerhin die Bekenntnisse des Charlottenburger Bezirksamtes: „In Gesamtschulen sind Ausländer selten aufgenommen worden." Oder: „Die Ausländer können die verschiedensten Schularten in ihren Heimatländern besucht haben, Analphabeten oder Gymnasiasten sein; bei ihrem Eintreffen in Charlottenburg werden sie in die Hauptschule eingeschult." Ausländer ist eben Ausländer. Bei dem für Schulfragen verantwortlichen Stadtrat Röseler in Charlottenburg haben sie alle erst einmal über dieselbe Hutschnur zu springen.

Mit dieser Behandlung unserer ausländischen Mitbürger, die durch viele weitere Beispiele ergänzt werden kann (Zuzugssperre in mehreren Bezirken, Behandlung durch die Ausländerpolizei, denunziatorischer Sprachgebrauch in der bürgerlichen Presse etc.), wird freilich ein Nährboden geschaffen, um existierende Vorurteile gegenüber Nicht-Westberlinern zu vertiefen. W. A.

Säuglingssterblichkeit bei Gastarbeitern

niedriger als bei den Kölnern

Kölner Stadtanzeiger, 13.12.1977

Fremde Babys sind gesünder

Viele Ausländer gehen zu den Impfungen

Von unserer Redakteurin Ute Kaltwasser

In Deutschland ist die Säuglingssterblichkeit höher als in vergleichbaren anderen Ländern (Holland, Schweden). Und in Köln ist sie sogar noch höher als in anderen deutschen Städten. Eine Erklärung, warum das so ist, gibt es derzeit nicht. So lautete jedenfalls die Antwort des Gesundheitsdezernenten auf eine Anfrage der CDU-Fraktion im Gesundheitsausschuß. Bemerkenswert ist dabei nur, daß die Sterblichkeit bei Ausländerkindern 1976 deutlich niedriger war als bei den Kindern der Kölner Familien.

Machen sich Gastarbeitereltern mehr Sorgen um die Gesundheit ihrer Säuglinge? Nehmen sie etwa Vor- und Nachsorgeuntersuchungen ernster als deutsche Eltern? Im Kölner Gesundheitsamt glaubt man einen solchen Trend erkennen zu können. Die Zahl der Gastarbeitereltern, die zu Untersuchungen und vor allem zu den Terminen für die kostenlosen Schutzimpfungen mit ihren Kleinen ins Amt am Neumarkt pilgern, wächst, während die Zahl der Mehrfachimpfungen bei deutschen Kindern sinkt.

An den Impftagen montags und mittwochs, so bestätigte Dr. Sigrid Leidel, seit einem halben Jahr Leiterin des jugendärztlichen Dienstes im Gesundheitsamt, drängen sich vor allem die türkischen Mütter und Väter in den Gängen. Viele verstehen kaum Deutsch, und können auch die Informationsplakate an den Wänden kaum lesen. Doch für sie scheint vor allem wichtig, daß ihr Kind dort kostenlosen Schutz vor möglichen Krankheiten erhält.

Ob diese rege Inanspruchnahme des Gesundheitsamtes von den Gastarbeitern als beispielhaft für ihre gesundheitliche Fürsorge angesehen werden kann, wagt die Amtsärztin jedoch nicht zu sagen. „Die Ausländer betrachten das Gesundheitsamt mehr wie eine Klinik, in die sie ohne Scheu gehen." Die meisten deutschen Eltern dagegen würden mit ihren Kleinen zum Hausarzt wandern.

Trotzdem gibt es da einige statistische Angaben, die nachdenklich stimmen. So lag die Zahl der Säuglingssterblichkeit bei Ausländerkindern 1976 mit 1,6 Prozent in Köln deutlich niedriger als bei den deutschen Kindern (2,0 Prozent). Die Hälfte der gestorbenen Säuglinge (50,1 Prozent) waren Frühgeborene.

Bis zum Anfang der 70er Jahre war Köln im Vergleich mit sieben anderen deutschen Großstädten auf dem Gebiet der Säuglingssterblichkeit trauriger Spitzenreiter. Wie aus einer kürzlich veröffentlichten Vergleichsstudie über die „Lebensverhältnisse von lohnabhängigen Beschäftigten" hervorgeht, lag damals die Säuglingssterblichkeit in Köln bei drei Prozent, während sie beispielsweise in Bremen und Hamburg bei 2 Prozent und lediglich in Dortmund noch bei 2,8 Prozent lag.

In Nordrhein-Westfalen wie auch in Köln ist seit 1974 generell eine rückläufige Tendenz in der Säuglingssterblichkeit zu beobachten. 1974: 2,6 Prozent, 1975: 2,2 Prozent. Trotzdem beobachtet man die Entwicklung im Kölner Gesundheitsamt mit sorgenvoller Miene. Denn die werdenden Mütter nehmen das Angebot der Vorsorge nicht in vollem Maße in Anspruch, so daß Komplikationen oft zu spät erkannt werden.

Auch bei den Kindervorsorgeuntersuchungen ist deutlicher Rückgang zu beobachten. Während zu den Vorsorgeuntersuchungen I und II noch etwa 80 Prozent der Kinder vorgestellt werden, sind es bei der Untersuchung V nur noch 50 Prozent und bei den Untersuchungen VI oder VII weniger als 20 Prozent.

Auf der Sitzung des Gesundheitsausschusses forderte deshalb Gesundheitsdezernent Dr. Hans-Josef Pertborn eine intensivere Schwangerschaftvorsorge und eine verbesserte Nachsorge von Risikokindern. Dies könnte nach dem Vorbild in Holland durch einen verstärkten Einsatz von Fürsorgerinnen, Hebammen oder Krankenschwestern erreicht werden, die die jungen Familien regelmäßig betreuen und auf notwendige Arztbesuche achten. Das Gesundheitsamt unterhält zur Zeit 62 Mütterberatungsstellen in Köln.

Die Rheinpfalz, Ludwigshafener Rundschau 1.12.1977

Ehe schützt vor Ausweisung nicht

MÜNSTER (dpa). Ein Ausländer kann sich bei drohender Ausweisung nur dann erfolgreich auf den grundsetzlich verankerten Schutz von Ehe und Familie berufen, wenn er mit seinem deutschen Partner auch wirklich in ehelicher Lebensgemeinschaft lebt. Zu diesem Urteil kam jetzt das Oberverwaltungsgericht Münster im Fall eines Ausländers, der im Dezember 1975 eine Deutsche geheiratet hatte, ohne jemals mit ihr eine gemeinsame Wohnung zu beziehen. Die Ehefrau, die sich selbst als lesbisch veranlagt bezeichnet, lebt mit einer anderen Frau zusammen. Daher besteht nach der richterlichen Entscheidung weder eine eheliche Gemeinschaft noch könne sie erwartet werden. Auch entstehe für die Ehefrau durch die Ausweisung ihres ausländischen Mannes keine Konfliktsituation.

(Aktenzeichen: röm. vier groß B 850/77)

Kieler Nachrichten, 3.12.1977

UNO: Ausländer arbeiten etwas besser als Deutsche

Genf (ap) Die Bundesrepublik sollte laut einer für die europäische Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen verfaßte Studie mehr Gastarbeiter ins Land lassen, wenn sie ein mehr als bescheidenes Wirtschaftswachstum erreichen wolle. In der am Freitag veröffentlichten Studie heißt es unter anderem, es stimme keinesfalls, daß Ausländer weniger arbeiten als Deutsche. Im Gegenteil weise einiges darauf hin, daß die Produktivität bei Gastarbeitern etwas höher liege. Gastarbeiter hätten 1975 mit 18 Milliarden Dollar 8,74 Prozent des deutschen Bruttosozialprodukts erarbeitet und lieferten einen wichtigen Beitrag zur Exportwirtschaft. Die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte habe das zulässige Ausmaß bei weitem nicht erreicht, heißt es in der Studie.

FAZ, 6.12.1977

Um die Welt ein bißchen besser zu machen

Magistrat schlägt eine eigene Kommission für die Ausländer vor

ela. Um die 116 000 ausländischen Einwohner Frankfurts an den Kommissionen des Magistrats zu beteiligen, soll noch bis Ende des Jahres eine neue Kommission mit überwiegend Ausländern entsandt werden. Seit der Änderung der Hessischen Gemeindeordnung, nach der „Einwohner" statt wie bisher „Bürger" in den Kommissionen mitarbeiten, ist es möglich geworden, daß auch Ausländer, die in Frankfurt einen Einwohneranteil von über achtzehn Prozent stellen, darin mitwirken und selbst ihre Interessen vertreten.

Bürgermeister Martin Berg hat gestern im Römer mit Vertretern von Ausländergruppen und von Organisationen, die diese betreuen, die Möglichkeiten besprochen. Er erklärte den Sinn dieser neuen Kommission anhand von Beispielen: daß etwa das internationale Jugendzentrum in der Bleichstraße nicht ohne das Mitwirken dieser Kommission errichtet worden wäre oder daß sie an dem Plan der Stadt, eine Umfrage unter den ausländischen Bewohnern durchzuführen (siehe F.A.Z. vom Samstag), beteiligt worden wäre. Bedenken entgegnete er mit der Antwort: „Die Frage ist, ob wir eine perfekte Welt zimmern oder die Welt ein bißchen besser machen wollen. Im Augenblick müssen wir die Dinge tun, die möglich sind." Daher schlug er die Gründung der „Ausländerkommission", wie er sie verkürzt nannte, vor, in der zumindest die fünf großen Volksgruppen vertreten sein sollen: mit fünf Jugoslawen, vier Türken, drei Italienern, zwei Spaniern, zwei Griechen und einem Vertreter für die übrigen Nationalitäten.

Die Vorschläge der Ausländervertreter deckten sich weitgehend mit dem Vorschlag des Bürgermeisters. Der Magistrat hofft, daß diese Kommission schon Anfang des neuen Jahres mit ihrer Arbeit beginnen kann.

Bonner Rundschau, 13.12.1977

Stadt informiert Gastarbeiter

LUE Bonn. „Aus ihrer Außenseiterrolle müssen die Kinder ausländischer Gastarbeiterfamilien befreit werden", betonte der Leiter des städtischen Jugendamtes, Hermann Reifferscheidt, am Samstagnachmittag im Jugendwerkzentrum Tannenbusch. Jugendamt, Schulamt und Sozialamt wollen sich um eine bessere Eingliederung bemühen.

Diesem Ziel diente auch die Informationsveranstaltung am Samstagnachmittag. Mitarbeiter des Jugendamtes, des Sozialpädagogischen Dienstes, des Schulamtes und des Sozialamtes beantworteten die Fragen der interessierten Türken. Hermann Reifferscheidt äußerte die Hoffnung, daß es nicht bei diesem Nachmittag bleibt, sondern daß Gastarbeiter künftig mit ihren Problemen zu seinen Mitarbeitern in die Ämter kommen.

ERSCHIENEN:

- Satzung der FIDEF
- Stimmen zum Arbeiterkongress
- Offener Brief der FIDEF an KSZE, Belgrad

ÜBT SOLIDARITÄT !

ABONNIERT DIE ZEITUNG DER FIDEF